

Gemeinsame Erklärung zur Vorratsdatenspeicherung

Als Repräsentanten von Bürgern, Freiberuflern und Unternehmen in Europa und weltweit,

Überzeugt, dass die Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte die Grundlage von Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand darstellt,

Besorgt, dass wir im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität diejenigen Werte aufgeben, die wir zu schützen versuchen, nämlich Freiheit und Demokratie,

Der Ansicht, dass die aktuellen Pläne zur Aufzeichnung von Informationen über die Kommunikation, Bewegung und Mediennutzung jedes Bürgers die bislang größte Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben darstellen könnten,

bringen wir unsere folgende Überzeugung zum Ausdruck:

1. Die systematische Erfassung oder Speicherung von Daten über unsere Kommunikation, Bewegungen und Mediennutzung ("Vorratsdatenspeicherung") über das für Geschäftszwecke erforderliche Maß hinaus ist inakzeptabel. Wir verlangen, dass sämtliche Vorhaben zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung sofort aufgegeben werden.
2. Die folgenden Überlegungen haben uns zu dieser Schlussfolgerung geführt:
 - Eine Vorratsdatenspeicherung greift exzessiv in die persönliche Privatsphäre ein. Sie beeinträchtigt freiberufliche Aktivitäten (z.B. in den Bereichen Medizin, Recht, Kirche, Journalismus) ebenso wie politische und unternehmerische Aktivitäten, die Vertraulichkeit voraussetzen.
 - Eine Vorratsdatenspeicherung verhindert Terrorismus oder Kriminalität nicht. Sie ist unnötig und kann von Kriminellen leicht umgangen werden.
 - Eine Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Menschenrecht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.
 - Eine Vorratsdatenspeicherung ist teuer und belastet die Wirtschaft.
 - Eine Vorratsdatenspeicherung diskriminiert Nutzer von Telefon, Mobiltelefon und Internet.
3. Rechtliche Bestimmungen über den Umgang mit Kommunikationsdaten dürfen nur mit vorheriger parlamentarischer Zustimmung beschlossen werden. Zusätzliche Kosten, die Anbietern infolge sicherheitsbedingter Pflichten entstehen, müssen ihnen erstattet werden.